

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 9

SPD

November 2017



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die kommenden Koalitionäre grüßen täglich vom Balkon - für mich eine irritierende Symbolik. Huldvoll von oben herab. Ich bin für Augenhöhe. Deshalb bin ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion und aktiven Ehrenamtlichen aus Stuttgarter Ortsvereinen bereits wieder zum Dialog auf der Straße unterwegs.

In Berlin hat der Bundestag derweil seine Arbeit aufgenommen. Zugegeben, mit weniger Sitzungswochen als geplant, aber bereits mit vielen Initiativen auch aus der SPD-Bundestagsfraktion. In der kommenden Woche geht es bei unseren Anträgen um die Sicherung der Arbeitsplätze an deutschen Stahlstandorten und um einen ersten Teilaspekt eines neuen Zuwanderungsrechts, nämlich der Zuwanderung zur Arbeitsaufnahme. In der aktuellen Stunde bringen wir, gemeinsam mit der Linken, die Frage nach den Konsequenzen aus der Steuerflucht mit „Paradise Papers“ auf die Tagesordnung. Gleichzeitig laufen in der SPD die Diskussionen zur notwendigen Erneuerung der Partei. Viele Papiere, Basiskonferenzen und schriftliche Eingaben werden derzeit gesammelt und ausgewertet. Auch wir in Stuttgart werden uns im Vorfeld des Bundesparteitags einbringen. Auf der Kreiskonferenz am 27. November werde ich dazu den Leitantrag des Parteivorstandes vorstellen.

Wer Lust hat mit zu diskutieren: Wir treffen uns um 18.00 Uhr im Bürgerhaus Rot, in der Auricher Str. 34. Die Haltestelle dazu heißt Schozacher Str. Ich freue mich auf lebendige Debatten und hoffe, wir sehen uns.

Herzliche Grüße.

Nach Panama folgt Paradise

Die Paradise Papers belegen, dass die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung von Steuer-oasen völlig unzureichend sind. Es ist eine neue Initiative für ein international abgestimmtes Vorgehen erforderlich. Die künftige Bundesregierung ist zudem in der Pflicht, auch national wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wir brauchen eine Anzeigepflicht für Steuergestaltungen und eine Sanktionierung von Banken, die systematisch Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten. [Mehr zum Thema](#)

SPD legt Einwanderungsgesetz vor

Der vorgelegte Gesetzesentwurf ist Teil eines Migrationskonzeptes zur besseren Integration und Bekämpfung von Fluchtursachen. Kern ist die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften. Es soll nach einem Punkteplan festgelegt werden, welche Bewerberinnen und Bewerber ziehen dürfen. Dieser richtet sich nach Qualifikation, Sprachkenntnissen, Alter und anderen integrationsrelevanten Aspekten. Der Entwurf ist ein wichtiger Schritt für eine gelingende Integrationspolitik. [Mehr zum Thema](#)

Was treibt die Menschen politisch um am Küchentisch?

„Was, sollen wir denn schon wieder wählen?“ fragt eine erstaunte Bürgerin angesichts des gut besetzten Dialog-Stands im Rahmen der Aktionswoche der SPD-Bundestagsfraktion im Asemwald. Meiner Aufforderung - „Sagen Sie uns Ihre Meinung“ - sind viele Passantinnen und Passanten gerne nachgekommen. Es gab viele Pro-Stimmen zur Oppositionsrolle der SPD, allerdings auch einige gegensätzliche Meinungen. „Das Land geht zugrunde, wenn sich die SPD nicht an der Regierung beteiligt“, beschied uns eine Bürgerin, die absolut für eine SPD-Regierungsbeteiligung eingetreten ist. Sehr viele sind bereits von „Jamaika“ ziemlich genervt. Die weiteren Wünsche waren zum Beispiel eine zentrale Bildungspolitik aus einer Hand, ein einfaches Steuersystem, bezahlbarer Wohnraum in Stuttgart oder auch die Reduzierung von Beamtinnen und Beamten. Beeindruckend war eine Bürgerin, die uns kund tat, dass auch jede und jeder einzelne sich fragen muss, was man persönlich besser machen kann und dass die Aufgabe, ein Land zu verbessern, doch nicht allein die Aufgabe von Parteien sei. Für mich und meine Mitstreiter*innen gab es jedenfalls trotz des kalten Windes viele wärmende und ermutigende Worte. Wer noch mitmachen möchte: SPD-Fraktion im Dialog geht auch [online](#).



Bürgeranliegen

Auch nach der Entscheidung in die Opposition zu gehen, gibt es zahlreiche Anliegen, mit denen die Bürgerinnen und Bürger an mich herantreten. Es erreichten mich Zuschriften zu den Themen Rentenpolitik, Bargeldabschaffung, Kindergeld und Pflegenotstand. Besonders viele Anfragen drehten sich rund um die Geflüchtetenpolitik. Von der Unterbringung von Geflüchteten, Abschiebungen bis hin zum Umgang mit dem Familienzugang. Aber auch Fragen bezüglich der Wahl ab 16, der Mietpreisbremse und zu Glyphosat habe ich beantwortet.



Karlsruhe entscheidet für mehr Gleichstellung: Künftig soll es neben dem Eintrag „weiblich“ oder „männlich“ im Geburtenregister eine dritte Möglichkeit geben, ein Geschlecht positiv eintragen zu lassen. Eine dementsprechende Neuregelung soll bis Ende 2018 feststehen.
[Mehr zum Thema](#)



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

